



**Ulla Burchardt**

---

## **Braucht das Parlament wissenschaftlichen Rat? – Wie kann Wissenschaft nutzen? : Innenansichten einer spannungsreichen Beziehung**

In:

Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest / hrsg. von Peter Weingart und Gert G. Wagner unter Mitarbeit von Ute Tintemann. – ISBN: 978-3-95832-046-8

Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 2015

S. 217-228

Persistent Identifier: [urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-34619](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:b4-opus4-34619)

---

Die vorliegende Datei wird Ihnen von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter einer Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 4.0 International (cc by-nc-sa 4.0) Licence zur Verfügung gestellt.



# Ulla Burchardt

## Braucht das Parlament wissenschaftlichen Rat? – Wie kann Wissenschaft nutzen? Innenansichten einer spannungsreichen Beziehung

Wie verbesserungsbedürftig das Verhältnis von Wissenschaft und Politik nach wie vor ist, zeigt die Art und Weise, wie die Einladung zum Vortrag<sup>1</sup>, der diesem Beitrag zugrunde liegt, zustande kam. In einer der letzten Sitzungswochen vor dem Jahreswechsel 2012/2013 entdeckte ich beim schnellen Durchsehen des gewaltigen Stapels der gedruckten Publikationen und Einladungen, die wöchentlich in einem Abgeordnetenbüro eingehen, die Einladung der BBAW zu einer Veranstaltung der Vortragsreihe »Wissenschaftliche Politikberatung«. Und sie fand mein spontanes Interesse – nicht nur, weil ich die BBAW und die Leibniz-Gemeinschaft schätze, sondern weil ich in den vielen Jahren meiner parlamentarischen Aktivitäten immer an der Nahtstelle von Politik und Wissenschaft gearbeitet habe, in vielfältiger Weise auf wissenschaftlichen Rat und Ratgeber getroffen bin und insofern über spezifische Erfahrungen verfüge.

Die Reihe lief offensichtlich schon lange, aber ich hatte erst spät davon Kenntnis bekommen. Ich fragte mich: Warum hat man uns als Abgeordnete nicht nur als Zielgruppe der Einladungen, sondern nicht auch als Teilhaber, Adressaten wie Auftraggeber wissenschaftlicher Politikberatung angesprochen? Auf meine Nachfrage bei dem Präsidenten der Akademie, Professor Stock, wurde ich dann eingeladen. Es lag offensichtlich keinerlei böser Wille vor, sondern die späte Einladung spiegelt nur das immer wieder schwierige Verhältnis von Wissenschaft und Politik wider. Und damit sind wir dann schon unmittelbar bei der Frage, wann und wie die (wissenschaftliche) Information die (politischen) Adressaten erreicht. Unter welchen Bedingungen? Was muss der Sender über den Empfänger wissen, wenn er ihn erreichen will? Nach meinen Erfahrungen sind das die Kernfragen gelingender wissenschaftlicher Politikberatung.

Die Liste der Themen und Referenten dieser Vortragsreihe ist beeindruckend: Ein Ensemble namhafter Wissenschaftler – darunter eine Wissenschaftlerin und dazu ein Journalist – vermittelt seine Erfahrungen und Sichtweisen. Aber nicht eine einzige Vertreterin, kein einziger Vertreter der Zielgruppe Politik war bis heute unter ihnen. Das ist aus meiner Sicht ein systematischer Fehler, denn Beratung ist aus sozialwissenschaftlicher

<sup>1</sup> Vortrag gehalten am 19. März 2013.

Perspektive eine Form der Interaktion, und zu ihr gehören bekanntlich immer mindestens zwei Seiten. Interaktion heißt immer Beziehung, ist ein besonderes Verhältnis der Kommunikation, des Umgangs miteinander, verbunden mit Erwartungen, Anforderungen, Enttäuschungen. Interaktion hat viel mit Vertrauen oder Misstrauen, oft mit Missverständnissen zu tun – all dies sind Leitbegriffe, die im Einladungstext für diese Vortragsreihe zu Recht zu finden sind.

## Gestaltung einer Beziehung

Auf jeden Fall hängt die Frage, ob Rat geben Aussicht auf Erfolg hat, wesentlich davon ab, wie die Bedingungen der Beziehung gestaltet sind und nicht zuletzt davon, was Ratgebender und der Adressat des Rates voneinander wissen. Dies gilt nahezu für alle Beratungsaktivitäten, ob es um Geld, Liebe oder was auch immer geht. Bei der wissenschaftlichen Politikberatung haben wir es nicht mit einer Beziehung zu tun wie im privaten Bereich unter Freunden oder Paaren. Systemtheoretisch betrachtet interagieren zwei Welten, die eine unterschiedliche Sprache sprechen und in anderen Zeithorizonten denken.

»Wissenschaft sucht nach Wahrheit«, so sagt zumindest die Theorie. Wissenschaft braucht Unabhängigkeit, produziert Vielfalt und ist ergebnisoffen. Politik – die Theorie – sucht eher nach Eindeutigkeit, um die an sie gerichteten Erwartungen im Hinblick auf nach Problemlösungen zu erfüllen. Und Politik in der Demokratie braucht Mehrheiten, um entscheiden zu können und damit Lösungen möglich zu machen.

Zur Gesamtschau auf das Geschehen muss man beide Seiten in den Blick nehmen (das hilft auch gegen Klischees und Stereotype), und so will ich aus der Perspektive und Praxis einer langjährigen Parlamentarierin einen Einblick geben, wo und wie uns im Parlament Wissenschaft und wissenschaftliche Politikberatung begegnen und dann von einer besonderen »Beziehungskiste« von Wissenschaft und Politik berichten, und zwar von unserem Modell wissenschaftlicher Politikberatung, das wir im Deutschen Bundestag mit unserer eigenen wissenschaftlichen Beratungskapazität, dem Büro für Technikfolgenabschätzung, kurz TAB genannt, seit über 20 Jahren betreiben.

## Wissenschaft im Parlament

Wissenschaft und Politik sind vielfach aufeinander bezogen. Das ist eine Binsenwahrheit. Wissenschaft ist auf Politik angewiesen, und das

politische System kann nicht mehr ohne Wissenschaft auskommen. Das macht das Verhältnis an sich schon spannend und spannungreich. Vor allem, wenn es ums Geld für die Wissenschaft selbst geht.

## Das Parlament als Geldgeber

Wissenschaft lebt von öffentlichen Zuwendungen. Die kontinuierlichen Steigerungen des Einzelplans 30 im Bundeshaushalt drücken auch eine kontinuierlich gestiegene Wertschätzung von Wissenschaft und Forschung seitens der Abgeordneten aus, und darin sind sich prinzipiell alle Fraktionen einig, auch wenn manch einer das nicht für möglich hält. In der Grundsatzfrage gibt es keinen Dissens. Bei den Haushaltsdebatten streitet man sich deshalb nicht um die Summe an sich, sondern um Prioritäten und damit um Verteilungsfragen innerhalb des Wissenschafts-systems. So geht es beispielsweise um die Anteile von Grundlagenforschung, institutioneller Förderung und Projektförderung, um inhaltliche Schwerpunkte bei Forschungsprogrammen und um Instrumente wie die steuerliche Forschungsförderung in privaten Unternehmen, die seit langem diskutiert wird.

Immer ist in den Beratungen der Fachpolitiker das Leitmotiv entscheidend, mit welchen finanziellen Rahmen- und Schwerpunktsetzungen Wissenschaft und Forschung zur Wohlstandssicherung und Problemlösung beitragen können.

Natürlich gibt es dazu je nach Fraktion unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie verteilt, wie gewichtet wird, wie Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Aber unterschiedliche Vorstellungen gibt es nicht nur unter den Politikern. Wenn es konkret wird, zeigt sich wie überall, wo es um Verteilungsfragen geht, dass es auch in der Wissenschaft unterschiedliche Interessen und Lobbyisten in eigener Sache gibt. Die Repräsentanten der großen Wissenschaftsorganisationen sind regelmäßige und gerngesehene Gäste bei uns im Ausschuss. Dort werben sie etwa für die Fortsetzung der großen Initiativen wie die Exzellenzinitiative, den Pakt für Forschung und Innovation und die Hochschulpakete. Aber es gibt auch viele Gespräche in kleineren Formaten, und hier werden die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Disziplinen und Institutionen der Wissenschaft und Forschung unmittelbar deutlich, weil der Kuchen eben nur einmal zu verteilen ist. Beispielsweise stehen Hochschulen in Konkurrenz zueinander (man denke nur an die exklusiven Klubs TU9 und UAS7) oder die Universitäten in Konkurrenz zu außeruniversitären Forschungsorganisationen. Von wissenschaftlicher Objektivität ist da nicht mehr die Rede. Da geht es – völlig legitim, wenn sie offen ausgesprochen werden

– um Interessen. Gerade heute<sup>2</sup> hat der Präsident des Hochschulverbandes nochmals darauf hingewiesen, dass die Politik aufpassen muss, die Hochschulforschung nicht zugunsten der außeruniversitären Forschung auszutrocknen.

In diesen informellen Gesprächen bringen uns viele Vertreter von Fachrichtungen und Forschungsinstituten, die nicht von diesen großen Geldflüssen profitieren und nicht als starke Lobbygruppen organisiert sind, ihre Sichtweisen und Sorgen nah: Sie berichten über ihre Befürchtungen, in Anbetracht des Lobbyings der »Big Science« benachteiligt zu werden und dass die Vielfalt der Wissenschaft beim Drehen der großen Räder des Mainstreams reduziert wird – mit der Folge beschränkter Erkenntnisgewinn für die gesamte Gesellschaft und nachlassender Problemlösungsfähigkeit.

## Das Parlament als Ratsuchender

So wie Wissenschaft ganz praktisch und unmittelbar auf Politik angewiesen ist, kann das politische System nicht mehr ohne Wissenschaft auskommen. Was bedeutet das im parlamentarischen Alltag? Kurz gesagt: Ohne Wissenschaft hätte der Bundestag nicht viel zu tun.

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung bringt Regelungs-, sprich Gesetzgebungsbedarf mit sich und bestimmt die Tagesordnungen in ziemlich allen Ausschüssen des Bundestages: Weichenstellungen in der Energie- und Klimapolitik, Regelungen für die Stammzellforschung und die Präimplantationsdiagnostik, Rüstungsvorhaben, Gendoping im Sport, die Gestaltung des demografischen Wandels, die Rettung bedrohter Tierarten und Wälder – diese wenigen Beispiele mögen zur Illustration reichen.

Mindestens genauso oft, wie ich Vorhaltungen höre, die Politik dürfe die Wissenschaft nicht instrumentalisieren, begegnet uns der Vorwurf, die Politik höre nicht auf die Wissenschaft oder sie suche nicht ihren Rat. Beides ist falsch.

Zu vielen anstehenden Entscheidungen finden Anhörungen statt, bei denen wissenschaftliche Experten ihre Sicht des Problems und Empfehlungen zur Lösung einbringen. Und sie wirken in unseren Enquete-Kommissionen mit gleichem Recht und gleicher Stimme mit wie die Abgeordneten. Ihr Rat wird in Fachveranstaltungen der Fraktionen gesucht und nicht zu zählen sind die individuellen Beratungsgespräche und die Beraterstatter – das sind die Abgeordneten mit einem bestimmten fachlichen Schwerpunkt in ihrer Fraktion.

2 Das heißt am 19.03.2013, dem Tag des Vortrags, auf dem dieser Beitrag beruht.

Und dabei wird regelmäßig Folgendes deutlich: Wissenschaftler erweitern mit ihrem fachspezifischen Wissen unsere Wissensbasis, weiten oder schärfen unseren Blick, aber sie können uns keine Entscheidung abnehmen. Dem stünde nicht nur das Grundgesetz entgegen, sondern auch das allgegenwärtige Expertendilemma, und das erleben wir nahezu tagtäglich. Denn auch Wissenschaftler haben zur selben Frage unterschiedliche Einschätzungen. Die gibt es nicht nur bei gesellschaftlich kontroversen Themen, aber vor allem da. Aber auch wegen der Probleme, die zukünftige Welt wissenschaftlich zu prognostizieren, entstehen Einschätzungsunterschiede zwischen Wissenschaftlern. Und dabei können nicht alle gleichermaßen Recht haben – was vielen Wissenschaftlern schwerfällt einzugestehen.

Geradezu ein Lehrstück dafür war die Atomausstiegsdebatte. In ihr bezogen auch Wissenschaftler leidenschaftlich unterschiedliche Positionen – abhängig davon, wie sie Randbedingungen wissenschaftlich bewerten, z. B. in Hinblick die Frage des Risikos und der Beherrschbarkeit.<sup>3</sup>

Deswegen geht der Vorwurf ins Leere, Politiker suchten sich immer nur die passende wissenschaftliche Expertise aus, um ihre Positionen zu begründen. Auf dieser Ebene könnte man kontern: Wir suchen Beratung, aber keine wissenschaftliche Bevormundung. Beides trifft aber nicht den Kern.

Faktisch kann Wissenschaft gar nicht als über allem stehende Instanz wahrgenommen werden, die weiß, was wahr und richtig ist. Eben weil Wissenschaft vielfältig ist und die Probleme, für die von der Politik Lösungen erwartet werden, zu komplex sind, um eindeutige Antworten geben bzw. erwarten zu können; und vor allem, weil Zukunft keine wissenschaftlich eindeutig messbare, quantifizierbare, gewissermaßen objektive Kategorie ist.

## Blicke auf den parlamentarischen Alltag

Zurück zum parlamentarischen Alltag: Unabhängig von den formalen Tagesordnungen erleben wir, dass an wissenschaftlicher Expertise kein Mangel herrscht, vielmehr ist das Gegenteil der Fall.

Relativ neu ist, deswegen will ich dies kurz benennen, die Rolle privat finanzierter Forschung (außerhalb der Pharmazie und den Ingenieurwissenschaften). Als Abgeordnete sind wir Adressaten wissenschaftlicher Studien, die die diversen wirtschaftlichen Lobbygruppen wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft oder NGOs wie der BUND in die Welt setzen, um ein öffentliches Klima für oder gegen die eine oder

3 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Ortwin Renn in diesem Band.

andere Entscheidung zu schaffen, die im Bundestag ansteht oder nach Auffassung der Auftraggeber auf die politische Agenda kommen sollte.

Und wir als Abgeordnete sind vor allem Adressaten einer nicht mehr zu bewältigenden Fülle von Ergebnissen öffentlich geförderter Forschungsprojekte, die uns unaufgefordert ins Büro geschickt werden. Immer wieder begegnet uns die Erwartung, diese Publikationen nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern auch für unsere Arbeit zu nutzen. Faktisch ist das angesichts der unübersehbaren Fülle von Informationen überhaupt nicht machbar. Was man nicht für die laufende Arbeit benötigt oder wofür man kein sehr spezifisches Interesse hat, erreicht die Wahrnehmungsschwelle nicht. Darin unterscheiden wir uns nicht von allen anderen Menschen und das ist nur ein ganz kleines Beispiel dafür, dass der Bundestag wirklich repräsentativ für die Bevölkerung ist.

Seit vielleicht fünf Jahren tritt die »Wissenschaftliche Politikberatung« in Form etablierter Forschungsorganisationen wie der Leibniz-Gemeinschaft und der Akademien sichtbarer in der öffentlichen Arena auf. Sie positionieren sich auf dem dicht gedrängten Markt im Wettbewerb um Aufmerksamkeit und Zuwendung.

Die Themen ihrer Publikationen sind zweifellos wichtig und interessant. An deren wissenschaftlicher Qualität gibt es keinen Zweifel. Ihr Merkmal, aus parlamentarischer Sicht auch ihr Makel besteht darin, dass die Fragestellungen in einem rein innerwissenschaftlichen Diskurs als relevant identifiziert werden, quasi im Konklave der Koryphäen. Und sie richten sich in der Regel an eine unspezifische »Öffentlichkeit«. Auch hier bleibt es oft dem Zufall oder gutem Lobbying überlassen, ob und wie Ergebnisse Eingang in parlamentarische Beratungen finden.

Die Frage, ob das Parlament wissenschaftlichen Rat braucht, wird bereits durch die tägliche Praxis beantwortet. Wie aber kann Wissenschaft nutzen, um Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu helfen?

Unabhängigkeit und Qualität der wissenschaftlichen Expertise sind hierfür wesentliche Voraussetzungen. Das Renommee einer Institution ist somit ein sehr wichtiges Kriterium. Unabhängigkeit und Qualität sind notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen für gelingende Politikberatung.

»Anschlussfähigkeit«, der viel bemühte Begriff, hat dabei eine ganz praktische Relevanz. Sie kommt nicht von selbst, sie muss hergestellt werden. Wer eine Expertise auf den Weg bringt, die einen spezifischen Nutzen stiften soll, muss sich über seine Adressaten im Klaren sein: Sind Thema und Themenaufbereitung anschlussfähig an Beratungen und Entscheidungsprozesse? Wie erreiche ich meine Adressaten, wie spreche ich sie an? Und vor allem: mit welchem Ziel und Zweck?

Peter Weingart trifft den entscheidenden Punkt: Gute Qualität der Beratung durch Experten und deren Anschlussfähigkeit ist primär eine

Frage der Organisation. Und da haben wir im Bundestag neben dem Wissenschaftlichen Dienst mit unserem Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) seit vielen Jahren ein gut funktionierendes und bewährtes Modell.

## Das TAB – institutionalisierte wissenschaftliche Politikberatung beim Bundestag

Die Ursprünge des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag liegen in einer Zeit, in der es noch keine Veröffentlichungen oder Veranstaltungen zum Thema wissenschaftliche Politikberatung gab. Das war eine Zeit, in der in der Gesellschaft die Wahrnehmung und das Bewusstsein von der Erkenntnis der Ambivalenz wissenschaftlich-technischer Entwicklung geprägt waren, von der Einsicht, dass sie eben nicht nur Fortschritt bringt, nicht nur Gutes für die Menschen, sondern durchaus sehr bedrohliche Seiten hat. Und weil Abgeordnete ziemlich repräsentativ für die Gesellschaft sind, waren sie Teil des Diskurses oder zumindest sensibel für diese Diskurse. Bemerkenswerterweise waren sich alle Fraktionen einig, dass das Parlament die beratende Unterstützung durch Wissenschaft braucht, um der Verantwortung bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Technik gerecht zu werden.

Die Initiative für die Etablierung einer eigenen, von Lobbyinteressen wie vom großen Apparat der Regierung unabhängigen Beratungskapazität kam nicht aus der Wissenschaft, sondern aus dem Parlament.

Im Konsens wurden damals Notwendigkeiten und Ziele beschlossen: Als Gesetzgeber und Verfassungsorgan sei der Deutsche Bundestag »verpflichtet, seine Entscheidungen aufgrund umfassender Informationen und in Würdigung der Zukunftsdimension seines Handelns zu treffen«. Auch sei das Parlament das Forum, »auf dem im Dialog mit einer kritischen Öffentlichkeit über die zukunftsbedeutsamen Entwicklungslinien von Wissenschaft und Technik eine kompetente Auseinandersetzung zu führen sei.« Deshalb sei es erforderlich, »neue Formen der parlamentarischen Er- und Bearbeitung von Informationen und von Wissen um Probleme, Gestaltungskriterien und -möglichkeiten zu finden, wie auch die hierfür notwendige wissenschaftliche Beratungskapazität zu schaffen«. Dies ist alles in den amtlichen Protokollen nachzulesen.<sup>4</sup>

4 Deutscher Bundestag (1986): Bericht der Enquete-Kommission »Einschätzung und Bewertung von Technikfolgen; Gestaltung der Rahmenbedingungen der technischen Entwicklung«. Drucksache 10/5844 vom 14. Juli 1986, Bonn.

Schwieriger gestaltete sich die Suche nach dem institutionellen Arrangement: So sollte die Beratung

- den Informations- und Beratungsbedürfnissen der Abgeordneten gerecht werden;
- anschlussfähig an parlamentarische Entscheidungsprozesse sein und gleichzeitig längerfristige Perspektiven wissenschaftlich-technischer Entwicklungen aufzeigen;
- wissenschaftliche Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Nähe zu den Abgeordneten wahren;
- nicht Blaupausen für Entscheidungen liefern, gar diese vorwegnehmen, sondern Orientierungswissen liefern und Handlungsoptionen aufzeigen.

Die im November 1989 getroffene Entscheidung zum institutionellen Design lässt sich systemtheoretisch als strukturelle Kopplung zweier Systeme beschreiben: Der Forschungsausschuss, in Vertretung des gesamten Bundestages, ist das Steuerungsgremium, die wissenschaftliche Arbeit wird von einer externen Forschungseinrichtung übernommen.

Der Betreiber des TAB wird im Ausschreibungsverfahren ermittelt, die Verträge werden für fünf Jahre geschlossen, also Legislaturperioden übergreifend. Hauptbetreiber ist seit Beginn das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse, damals beim FZK, heute beim KIT in Karlsruhe (ITAS/Karlsruhe), das in den letzten Runden mit wechselnden Konsortialpartnern kooperierte.

Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des TAB ist in der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages festgeschrieben: Der Leiter ist für die wissenschaftliche Qualität sowie die Auswahl der derzeit acht Mitarbeiter aus unterschiedlichen Disziplinen verantwortlich. Die parlamentarische Seite wird durch je einen ständigen Berichterstatter der Fraktionen repräsentiert. Interne Verfahrensregeln steuern die formale Interaktion zwischen den Wissenschaftlern und Parlamentariern. Ihr wesentliches Merkmal ist die kontinuierliche Kommunikation und gemeinsame Entscheidungsfindung im Konsens.

So sitzen wir monatlich an einem Tisch, Wissenschaftler und Abgeordnete, und beraten vor allem das Arbeitsprogramm, also die Projekte, die im Laufe der Legislaturperiode bearbeitet werden sollen, deren formale Einspeisung in die Beratungsprozesse des Bundestages, ob und wie wir Ergebnisse öffentlich präsentieren wollen und wie wir den Nutzen für die Abgeordneten und die interessierte Öffentlichkeit noch verbessern können.

Was formal einfach klingt, gestaltet sich in der Lebenswirklichkeit als ein gruppendynamisch anspruchsvoller und gelegentlich spannungsgeladener Prozess – als ob Elfenbeinturm auf Umgehungsstraße trifft, wie das ein Kollege bildhaft charakterisiert hat.

Die unterschiedlichen Sprach- und Denkgewohnheiten und Zeithorizonte von Wissenschaftlern und Parlamentariern waren anfangs echte Hürden, die erst durch den kontinuierlichen Umgang miteinander, geduldiges Zuhören, viele Rückkopplungsschleifen, mit anderen Worten durch einen langen, gemeinsamen Lernprozess überwunden werden konnten.

Eine dauernde Herausforderung bleibt das Austarieren: einerseits der notwendigen Nähe, die für eine kundenorientierte Beratung nötig ist und der erforderlichen Distanz, die es zur Sicherung wissenschaftlicher Qualität und Unabhängigkeit zu wahren gilt. Andererseits gilt es, die geballte wissenschaftliche Expertise aufzunehmen, ohne sich davon vorbestimmt zu fühlen. Beides setzt Vertrauen voraus – und das braucht intensive Kommunikation.

Erschwerend kommt hinzu, dass alle Beschlüsse einstimmig gefasst werden. Diese Regel verhindert, dass Ergebnisse parteipolitisch instrumentalisiert werden können. Auch wer Politik nicht von innen kennt, mag ahnen, welche Herausforderungen damit verbunden sind.

Wie läuft nun ein TA-Verfahren ab? Es ist ein in drei Phasen ablaufender Prozess mit einigen Besonderheiten. Dieser beginnt mit der Themenfindung; Vorschläge kommen aus fast allen Ausschüssen, das TAB gibt auf der Basis erster Recherchen einen Kurzkomentar u. a. zur Bearbeitungswürdigkeit und zu sinnvollen inhaltlichen Schwerpunkten ab und erstellt, nachdem die Berichterstatter eine engere Auswahl aus der Fülle der Anträge getroffen haben, ein ausführliches Konzept mit Angaben zum voraussichtlichen Finanz-, Personal- und Zeitbedarf. Nach konsensueller Beratung wird das Arbeitsprogramm dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Bearbeitung durch das TAB ist dann zunächst mit einer normalen wissenschaftlichen Untersuchung zu komplexen Sachverhalten vergleichbar. Das interdisziplinäre Team erschließt das thematische Feld, die relevanten Forschungsfragen, die Brennpunkte der öffentlichen Diskussion, die relevanten Akteure, und dann wird dies in einem internen Projektkonzept nach wissenschaftlichen Standards umgesetzt. Die Recherchen und Analysen werden mit einem Endbericht abgeschlossen.

Das Besondere ist die Kooperation mit externem Sachverstand, das heißt die Vergabe von Gutachten an fachlich ausgewiesene externe Personen oder Institutionen. Diese Gutachten zu Teilaspekten der Gesamthematik bilden wichtige Bausteine für den Endbericht. Inzwischen sind mehr als 1500 externe Experten aus dem In- und Ausland am Erkenntnisgewinn des Deutschen Bundestages beteiligt gewesen.

Ein weiteres Merkmal ist der Versuch, die Abgeordneten in das Projekt einzubeziehen, z. B. organisiert das TAB Workshops zu Zwischenergebnissen, oft unter Beteiligung weiterer wissenschaftlicher Experten und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen.

Und schließlich geht es um den Nutzen der Ergebnisse. Rein formal nehmen die Berichterstatter den Bericht ab, und der Ausschuss beschließt die Veröffentlichung als Drucksache. Damit wird er allen Abgeordneten und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und kann in die Beratungen des Bundestages einfließen.

Jenseits des formalen Beratungsverfahrens wird zum Beispiel bei späteren Beratungen von Ausschüssen und in Plenardebatten auf Untersuchungen des TAB Bezug genommen, Erkenntnisse gehen in parlamentarische Anfragen ein und werden von Abgeordneten und Fraktionen für Fachgespräche und öffentliche Veranstaltungen oder auch für die Wahlkreisarbeit genutzt. Aber die Berichte werden auch über den primären Adressatenkreis hinaus aktiv nachgefragt: von der Bundesregierung, wissenschaftlichen Einrichtungen, gesellschaftlichen Gruppen, Medien und Bildungseinrichtungen. Dies in aller Kürze zu dem TAB-Verfahren.

Doch worum geht es im Kern, mit welchen Themen beschäftigen wir uns? »Abgeordnete stellen Fragen und das TAB gibt Antworten«, wäre die knappste Antwort. Ganz klassische Themen sind: Was ist Stand der Forschung und welche Anwendungsperspektiven gibt es für eine Technologie? Welche Implikationen sind damit für Mensch und Gesellschaft verbunden, für Umwelt und Wirtschaft? Was können wir tun, um negative Wirkungen zu vermeiden und Chancen und Nutzen in jeder Hinsicht zu fördern?

Off sind wir der Zeit, sprich der öffentlichen Wahrnehmung, auch aktuellen kontroversen Debatten weit voraus. Das war beispielsweise 2003 bei dem Nanotechnologie-Projekt der Fall. Wir wollten wissen: Worum geht es eigentlich, was ist der Entwicklungsstand dieser Technologie? Welche Debatten gibt es andernorts? Welche Anwendungsperspektiven sind auf kurz-, mittel-, langfristige Sicht zu erwarten und welche Implikationen wird Nanotechnologie haben? So konnten wir der Bundesregierung frühzeitig aufgeben, beim Nanoforschungsprogramm die Folgenabschätzung zu integrieren.

Die Fragen nach Nutzen und Risiken haben wir auch in Bezug auf das sogenannte CCS-Verfahren gestellt, bei dem CO<sub>2</sub> abgeschieden und unterirdisch gespeichert wird, lange bevor die Entscheidung hierüber anstand. Die wurde erst im letzten Sommer von Bundestag und Bundesrat getroffen. Unser Bericht lag schon 2006 vor und spielte im Gesetzgebungsverfahren eine wesentliche Rolle.

Mit unseren Fragen zielen wir auch auf die wissenschaftliche Basis ethischer Grundsatzfragen ab, zum Beispiel, wie es mit dem Anrecht auf Präimplantationsdiagnostik aussieht. Wir fragen nach den Potenzialen neuer Technologien, die sich erst im Anfangsstadium der Entwicklung befinden wie das »Ubiquitous Computing« genauso wie nach den Wirkungen etablierter Technologien wie die des Mobilfunks. Bei diesem Projekt lag der wesentliche Nutzen für uns Abgeordnete darin,

ein unabhängiges Radar zu haben angesichts der etwa 20.000 Studien, die von den Anbietern oder Herstellern zum Meinungsmachen auf dem Markt waren. Weit mehr als 90 % der Studien zu Exposition und Wirkung stammen von Herstellern oder Netzbetreibern. Es gab und gibt nur eine geringe Anzahl von unabhängigen Metastudien. Die Frage, ob Mobilfunk schadet oder nicht, konnte auf Basis des verfügbaren wissenschaftlichen Wissens nicht eindeutig beantwortet werden.

Zukunftsreports des TAB, zum Beispiel zur individualisierten Medizin oder zur Zukunft der Industriearbeit, schärfen den Blick dafür, wie und welche Technikentwicklungen weitreichend soziale Dimensionen, Lebenswelten und kulturelle Orientierungen tangieren werden.

Zunehmend nutzen wir das TAB zur Evaluation und Fortentwicklung von Politikinnovation, sei es bei den Projekten zu E-Petitionen, die mittlerweile reichlich von den Bürgern in Anspruch genommen werden, oder etwa beim Vergleich von Nachhaltigkeitsstrategien in verschiedenen Ländern.

Alles dies sind Themen, die einen langen Atem erfordern. Es sind Themen, die keine Häppchen-Antworten, sondern eine fundierte wissenschaftliche Gesamtschau verlangen.

Das TAB bündelt für uns Abgeordnete verfügbares Wissen und macht es Bewertungen zugänglich. Die Themen reichen weit über eine Legislaturperiode und unser Blick geht über die Landesgrenzen hinaus. Dies betrifft nicht nur die Themen wie zum Beispiel Einsatz von Gentechnik in Entwicklungsländern, sondern auch unser Engagement bei EPTA, dem Netzwerk der europäischen TA-Einrichtungen mit Parlamentsbezug. Wir verzeichnen eine Ausweitung in Osteuropa, wir haben freundliche Beobachter aus den USA und China, und es ist mein persönliches Anliegen, Technikfolgenabschätzung auch noch auf der globalen Ebene bei der UNESCO anzudocken.

## Abschließende Bemerkungen

Lassen Sie mich mit drei Anmerkungen schließen. *Erstens* hoffe ich, mit manchen Klischees über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik im Allgemeinen und das vermeintlich ebenso beratungsunwillige wie kurzfristorientierte Parlament aufgeräumt zu haben. Lassen Sie mich *zweitens* feststellen: Wenn es das TAB nicht gäbe, müsste man es heute erfinden. *Drittens*: Gutes kann noch besser werden – deshalb haben wir uns für das TAB mit dem neuen Vertrag für die kommenden fünf Jahre Neues vorgenommen. Zum Team gehören das bewährte Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) und die drei neuen Konsortialpartner: das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), der

VDI/VDE-IT und das Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT).

Von dieser Konstellation erwarten wir neue Möglichkeiten des Erkenntnisgewinns, eine verbesserte Nutzung durch die Bundestagsabgeordneten und eine deutliche Ausweitung des öffentlichen Dialoges.